

# Laufzettel

für \_\_\_\_\_

## Pflichtstationen

Stationsnummer	erledigt	kontrolliert
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		
Nummer _____		

**Download  
zur Ansicht**

## Politik des „Burgfriedens“

### Aufgabe 1

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

#### Historischer Überblick

In der Reichstagsitzung vom 4. August 1914 wurde das Versprechen verabschiedet, über alle Partei- und Klassengrenzen hinweg zusammenzustehen und sämtliche innenpolitischen Konflikte und wirtschaftliche Auseinandersetzungen für die gemeinsame Sache zurückzustellen – dem Kampf in dem Deutschland angeblich aufgezwungenen Krieg. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Sozialdemokratie eine strenge antimilitärische und friedenspolitische Ausrichtung. Kurz nach Kriegsbeginn änderte sich die Position der SPD-Führung. Am 2. August 1914 beschloss die SPD-Fraktion mit 78 gegen 14 Stimmen die Bewilligung der Kriegskredite. Aus ihrer Sicht handelte es sich um einen Verteidigungskrieg gegen Russland. Für die SPD galt das zaristische Russland als der größte Feind der Demokratie und des Sozialstaats. Da dem Reichskanzler Bethmann Hollweg bewusst war, dass der Krieg ohne Unterstützung der Sozialdemokratie nicht zu führen war, nutzte er jede Gelegenheit, eine antirussische Stimmung zu schüren. Die Gewerkschaftsverbände vereinbarten, sämtliche noch laufende Lohnkämpfe einzustellen und während des Kriegs auf Streiks zu verzichten. Der Reichstag beschloss am 4. August 1914, nach Ablauf der Wahlperiode auf Neuwahlen zu verzichten. Die Presse verhängte eine freiwillige Selbstzensur und stellte die öffentliche Auseinandersetzung mit der Regierung ein.

### Aufgabe 2

Bearbeite folgende Fragen und Aufgabenstellungen mithilfe der beiden Quellen.

- Gib die Textstelle an, an der die „Burgfriedensabsicht“ der SPD deutlich wird.
- Aus Sicht der Sozialisten war Deutschland ein Aggressionsoffer. Erläutere.
- Beschreibe die Kriegspolitik der SPD. Welche Ziele verfolgte die Reichsleitung?
- Nenne weitere mögliche Gründe für die Zustimmung zu den Kriegskrediten.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Türschwelle des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. [...] Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus nicht nur die Freiheit, sondern auch mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befeuchtet hat, viel, was uns lieb ist. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit zu erhalten.

## Spaltung der Sozialdemokratie

### Aufgabe 1

Ergänze im Text die fehlenden Wörter aus dem Kasten.

Spaltung – Beendigung – Kriegskredite – MSPD – SPD – Spartakusgruppe – Linke – Protest  
SPD-Fraktion – Minderheit – Ebert – USPD

#### Historischer Überblick

Vertreter des linken Parteiflügels der \_\_\_\_\_ gerieten als Gegner des Kriegs Anfang August 1914 zunehmend in die Isolation. Der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring am Abend des 4. August 1914 organisierte \_\_\_\_\_ gegen die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion, die \_\_\_\_\_ zu bewilligen, verpuffte. Die Folgezeit war geprägt durch einen parteiinternen Kampf zwischen Mehrheit und \_\_\_\_\_ in der Sozialdemokratie.

Da sie die neuerliche Kriegskreditbewilligung verweigerten, wurden 18 Abgeordnete am 24. März 1916 aufgrund ihres „Disziplinbruchs“ aus der \_\_\_\_\_ ausgeschlossen. Unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG) bildeten die 10 Ausgeschlossenen fortan eine eigene Fraktion im Reichstag.

Die \_\_\_\_\_ der Partei wurde Anfang April 1917 in Gotha herbeigeführt, als die Kritiker der „Burgfriedenspolitik“ der SPD um den gemäßigten Oppositionellen Hugo Haase die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (\_\_\_\_\_ ) gründeten.

Die radikale \_\_\_\_\_, vertreten durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die den 15 revolutionären Klassenkampf proklamierte und den Krieg durch Massenstreik beenden wollte, gliederte die von ihnen begründete \_\_\_\_\_ der USPD an (aus ihr ging Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervor). Der bestehende reformorientierte Flügel der SPD nannte sich fortan Mehrheitliche Sozialdemokratische Partei Deutschlands (\_\_\_\_\_ ). Führende Vertreter waren Friedrich \_\_\_\_\_ und Philipp \_\_\_\_\_.

Download zur Ansicht

## Friedensresolution des Deutschen Reichstags

### Aufgabe 1

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

#### Historischer Überblick

Der Reichstag, der an den Gesetzgebungsverfahren beteiligt war und den Reichshaushalt kontrollierte, verfügte nur über beschränkte Befugnisse.

- Mit dem 1916 eingerichteten ständigen Hauptausschuss erweiterte das Parlament seine Kompetenzen auf die Außenpolitik und Kriegsführung. Es sah sich seitdem als kontrollierendes parlamentarisches Gremium, das von der Reichsregierung Rede und Antwort erwartete. Der seit Anfang Juli 1917 existierende Interfraktionelle Ausschuss der Mehrheitsparteien, bestehend aus Mehrheitssozialdemokraten, Zentrum und Liberalen, unterstützte die Forderung nach einem Verständigungsfrieden und geriet damit in Konflikt mit der Obersten Heeresleitung (OHL), die seit August 1916 die Reichspolitik in diktatorischer Weise lenkte.
- 10 Damit war der 1914 geschlossene „Burgfrieden“ beendet. Es wurden zunehmend hitzige Debatten zwischen Anhängern einer Annexionspolitik und Befürwortern eines Verständigungsfriedens entfacht. Unter Führung des Zentrum-Politikers Matthias Erzberger, der die desolante militärische Situation schonungslos analysierte, verabschiedete die Reichstagsmehrheit am 19. Juli 1917 die sogenannte Friedensresolution. Diese war der Start auf dem Weg zu einer
- 15 Parlamentarisierung. Erstmals zeigte sich eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller demokratisch gewählten und gesinnten Parteien.

### Aufgabe 2

Lies die Friedensresolution und nenne Textpassagen zu folgenden Stichpunkten:

- a) Verteidigungskrieg      b) Annexionspolitik      c) äußere Bedrohung

Uns treibt nicht Eroberungssucht. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Verteidigung seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. [...] Solange jedoch die feindlichen Interessen nicht abgeräumt sind, können wir keinen Frieden eingehen, solange die Deutschland und

## Deutsche Vaterlandspartei

### Aufgabe 1

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

#### Historischer Überblick

Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (Königsberg, September 1917) unter Führung von Alfred von Tirpitz und Wolfgang Kapp war die Reaktion auf die Friedensresolution des Reichstags. Mitglieder waren führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Industrie und des Großgrundbesitzes (Wilhelm von Siemens, Ernst von Borsig, Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg u. a.). Die Partei war Sammelbecken der extrem politisch Rechten, Gegner eines Verständigungsfriedens und innenpolitischer Reformen. Als Hauptziel wurde ein deutscher Siegfrieden mit weitreichenden Annexionen ausgegeben. In der Öffentlichkeit sollte ein Umdenken einsetzen und die Mehrheit im Reichstag eingeschüchert werden. Unterstützung erfuhr die Partei von der Obersten Heeresleitung (OHL).

### Aufgabe 2

Lies den Gründungsaufwurf aufmerksam durch und nenne die Textpassagen, aus denen ersichtlich wird, dass die Deutsche Vaterlandspartei (DVP)

- ihren Zusammenschluss als notwendige Konsequenz bzw. Berufung ansah,
- Anhänger eines „Siegfriedens“ sammeln und überparteilich organisieren wollte,
- noch 1917 an eine militärische Überlegenheit Deutschlands glaubte,
- von den Menschen in der Heimat Verzicht und Anstrengungsbereitschaft forderte.

Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe und Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine, wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, dass der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt. Die Nerven der Nation werden durch diese Umgebungen verzögern aber nur den Frieden. Unsere, auf die Vermeidung des Zusammenbruchs bedachten Feinde erblicken in ihnen nur den Zusammenbruch

**14-Punkte-Programm****Aufgabe 1**

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

**Historischer Überblick**

Aus Rücksichtnahme auf die europäischen Volksgruppen im eigenen Land sowie die mahnen-  
den Worte des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Washington  
(1789–1797), sich nicht in die Konflikte des alten Europas einzumischen, verfolgte der aktuelle  
Präsident Woodrow Wilson zunächst eine unparteiische Neutralitätspolitik. Ein Umdenken  
5 führte am 6. April 1917 zur Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich. Imperialistische  
Ziele waren für Wilson keine Option. Er sah es als Aufgabe der USA an, für einen gerechten  
Frieden der Verständigung und Versöhnung zu sorgen.

Seine Vision zur Sicherung des Weltfriedens fasste Wilson in 14 Punkte. Die ersten fünf Punkte  
beinhalteten allgemeine Forderungen – Ende der Geheimdiplomatie, Freiheit der Schifffahrt  
10 in Friedens- und Kriegszeiten, Beseitigung von Handelsschranken, Abrüstung und Regelung  
der Kolonialansprüche. Territoriale Fragen wurden in den Punkten sechs bis dreizehn gere-  
gelt, die generelle Neuordnung Europas nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der  
Völker: Räumung des besetzten russischen Gebiets, Wiedergutmachung des Unrechts (Wie-  
derherstellung Belgiens und die Rückgabe Elsass-Lothringens von Deutschland an Frankreich),  
15 Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, Einräumung autonomer Entwicklung für Österreich-  
Ungarn, Integrität der Balkanvölker innerhalb historisch festgelegter Grenzen und die Errich-  
tung eines unabhängigen polnischen Staates. Punkt 14 befasste sich mit der Gründung eines  
Völkerbunds zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien der Unabhängigkeit.  
In seiner Rede äußerte Wilson den Wunsch, dass Deutschland in der erneuerten Welt einen  
20 Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnehme, anstatt eines Herrscherplatzes.  
Wichtig sei es hingegen zu wissen, in wessen Namen die Wortführer aus Deutschland beim  
gemeinsamen Austausch sprechen, ob für die Reichstagsmehrheit oder für die Militärpartei der  
imperialistischen Mächte.

**Aufgabe 2**

Welche Friedensvorschläge machte Wilson? Kreuze an.

- Annexionen im Austausch für Weltfrieden       Frieden ohne Sieger und Besiegte

zur Ansicht

## Friedensvertrag von Brest-Litowsk

### Aufgabe 1

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

#### Historischer Überblick

Das zaristische Russland wurde nach anfänglichen Erfolgen immer mehr in die Defensive gedrängt. In den Schlachten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn fielen über eine Million Menschen. Die Kriegskosten überstiegen bei weitem die Möglichkeiten der Wirtschaft. Aufkommenden Streiks entwickelten sich zu einer revolutionären Erhebung der Soldaten,

5 Bauern und Arbeiter (Februarrevolution).

Zar Nikolaus II. trat im Februar 1917 unter Zwang zurück. Es wurde anschließend eine provisorische Regierung mit demokratischen Grundzügen, die sich auf eine Mehrheit der bis dahin machtlosen Volksvertretung (Duma) stützte, installiert. Parallel existierte eine in Rivalität zur Regierung stehende sozialistische Rätebewegung. Die sogenannten Bolschewiken unter Führung von Wladimir Lenin und Leo Trotzki setzten auf die sozialistische Revolution („Alle Macht

10 den Räten!"; „Frieden, Brot und Land!“). Mit der Oktoberrevolution 1917, einer organisierten Machtübernahme, kamen die Bolschewiken an die Regierung. Hatten die neuen Machthaber nach dem Sturz des Zaren noch den Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn fortgesetzt, so bemühte sich Lenin nach der

15 erfolgreichen Oktoberrevolution um einen Waffenstillstand, um die innere Stabilität Russlands zu erhalten. Das Deutsche Reich signalisierte Verhandlungsbereitschaft. Man sah die Möglichkeit zur Beendigung des Zwei-Fronten-Kriegs. Ein Waffenstillstand im Osten eröffnete aus Sicht der Obersten Heeresleitung (OHL) die Perspektive, den Krieg im Westen noch zu gewinnen. Diese

20 Auffassung teilte die Reichsführung nicht. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien und Sowjetrussland wurde am 3. März 1918 geschlossen. Sowjetrussland musste ein Territorium von 1,42 Millionen Quadratkilometern (mit 75 % seiner Stahl- und Eisenindustrie) mit über 60 Millionen Menschen (rund ein Drittel) abtreten und zusätzlich sechs Milliarden Reichsmark

25 Entschädigung zahlen. Der Vertrag sah die Bildung von deutschen Vasallenstaaten von der Ukraine bis zum Baltikum vor.

## Waffenstillstand von Compiègne

### Aufgabe 1

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

#### Historischer Überblick

Am 29. September 1918 offenbarten die beiden obersten Feldherren, Hindenburg und Ludendorff, vor der versammelten Führungsspitze Deutschlands die endgültige Niederlage. Angesichts der Auflösungserscheinungen im österreichisch-ungarischen Staat und des Zusammenbruchs Bulgariens und der Türkei hatte sich die Oberste Heeresleitung (OHL) für die Aufnahme von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms Wilsons entschieden. Um eine mögliche Auflösung der politischen und staatlichen Ordnung im Deutschen Reich bereits im Keim zu ersticken, wurde die Bildung einer parlamentarischen Regierung mit liberalen und demokratischen Kräften vonseiten der OHL vorangetrieben. Dieser Schritt war neben der Entwaffnung eine zentrale Forderung Wilsons und Vorbedingung zur Aufnahme der Verhandlungen.

Am 8. November 1918 begannen die Waffenstillstandsverhandlungen bei Compiègne, nördlich von Paris. Zuvor gab es unzählige Vorgespräche zwischen der neuen Reichsregierung und Wilson sowie parlamentarische Reformen im Deutschen Reich. Der Zentrumsführer Matthias Erzberger, der Initiator der Friedensresolution vom 19. Juli, unterzeichnete am 11. November 1918 den Waffenstillstand.

### Aufgabe 2

Die politische und militärische Führung vereinbarte eine schnelle „Revolution von oben“, um einer „Revolution von unten“ zuvorzukommen. Erläutere die Aussage. Orientiere dich an den Stichworten: Politikwechsel – Ablösung der vom Kaiser ernannten Reichsleitung – demokratisch legitimierte Regierung – Umsturz – Schreckensszenario Russland

### Aufgabe 3

Lies die Äußerungen durch und bearbeite folgende Fragen und Aufgabenstellungen.

- Welche weiteren Ziele verfolgte die Führungsspitze mit ihrem Kurswechsel?
- Bewerte die Äußerung von der moralischen Sicht.

zur Ansicht



## Parlamentarisierung der Reichsverfassung

### Aufgabe 1

Fasse die Kernaussagen der Überblicksdarstellung stichpunktartig zusammen.

#### Historischer Überblick

- Die deutsche Niederlage war besiegelt. Da sich US-Präsident Wilson nur mit gewählten Volksvertretern an den Verhandlungstisch setzen wollte, wurde am 3. Oktober 1918 eine parlamentarische Regierung mit MSPD, Zentrum und Fortschrittspartei gebildet. Ludendorff befürwortete die Forderung des Interfraktionellen Ausschusses vom 28. September 1918, die Reichsverfassung zu ändern. Dieser Schritt bot aus seiner Sicht die Chance, einer revolutionären Zuspitzung der Lage entgegenzuwirken. Erstmals in der deutschen Geschichte gab es eine Regierung auf Basis des Vertrauens der Reichstagsmehrheit. Reichskanzler wurde der liberale Max von Baden.
- Die Abänderung der Bismarckschen Reichsverfassung wurde am 28. Oktober 1918 vollzogen. Die konstitutionelle Monarchie wurde somit von einer parlamentarischen Monarchie abgelöst, in welcher der Kaiser lediglich repräsentative Aufgaben als Staatsoberhaupt hatte. Wichtige Änderungspunkte waren die Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Reichstags, die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts sowie die Bindung des Oberbefehls über das Heer an die Gegenzeichnung eines gegenüber dem Parlament verantwortlichen Ministers.
- Der Kaiser verlor die alleinige Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden.

### Aufgabe 2

Im Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung vom 28. Oktober 1918 tauchte im zweiten Absatz der entscheidende Satz auf, für den sich Sozialdemokraten, Zentrum und Liberale jahrelang energisch eingesetzt hatten. Bilde diesen Satz, indem du die Wörter in die richtige Reihenfolge bringst.

Vertrauens – Der – Reichstages – seiner – des – Amtsführung  
Reichskanzler – zu – des – bedarf

### Aufgabe 3

Beurteile die Bedeutung der Oktoberreform. Berücksichtige folgende Stichpunkte bei deinen

1. Aufruf zur nationalen Geschlossenheit (zerstrittene Parteien stellten drei Tage nach Kriegsausbruch eigene Interessen zugunsten des gemeinsamen Kampfes gegen den angeblich aufgezwungenen Krieg zurück); SPD bewilligte Kriegskredite trotz ihres antimilitärisch und friedenspolitisch ausgerichteten Parteiprogramms; Reichskanzler Bethmann Hollweg schürte die in der Arbeiterbewegung verinnerlichte Angst vor dem zaristischen Russland; Verzicht auf Lohnkämpfe, Streiks, Neuwahlen; Selbstzensur der Presse
2. a) „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ (Z. 5 f.)
  - b) Die Reichsleitung konnte bei den Sozialisten den Glauben erwecken, dass Russland als Angreifer für den auf dem Balkan entstehenden Krieg verantwortlich war. Der vermeintliche Verteidigungskrieg gegen das russische Zarenreich rechtfertigte aus Sicht der SPD den Griff zu den Waffen.
  - c) Die SPD lehnte einen Eroberungskrieg ab. Die Verteidigung des Vaterlands wurde begründet mit dem Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung. Gefordert wurde ein schneller Friedensschluss, als Basis für eine angestrebte Völkerverständigung. Die Reichsleitung plante einen Eroberungskrieg mit Gebietsgewinnen.
  - d) Befürchtung, als vaterlandslose Gesellen gebrandmarkt zu werden; Vermeidung von möglicher Drangsalierung; Hoffnung auf eine Reform des Preußischen Dreiklassenwahlrechts; Sorge um den Bestand sozialpolitischer Errungenschaften

1. Vertreter des linken Parteiflügels der SPD gerieten als Gegner des Kriegs Anfang August 1914 zunehmend in die Isolation. Der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring am Abend des 4. August 1914 organisierte **Protest** gegen die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion, die **Kriegskredite** zu bewilligen, verpuffte. Die Folgezeit war geprägt durch einen parteiinternen Kampf zwischen Mehrheit und Minderheit in der Sozialdemokratie. Da sie die neuerliche Kriegskreditbewilligung verweigerten, wurden 18 Abgeordnete am 24. März 1916 aufgrund ihres „Disziplinbruchs“ aus der **SPD-Fraktion** ausgeschlossen. Unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) bildeten die Ausgeschlossenen fortan eine eigene Fraktion im Reichstag. Die **Spaltung** der Partei wurde Anfang April 1917 in Gotha herbeigeführt, als die Kritiker der Burgfriedenspolitik der SPD um den gemäßigten Oppositionellen Hugo Haase die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (**USPD**) gründeten. Die radikale Linke, vertreten durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die den revolutionären Klassenkampf proklamierte und den Krieg durch Massenstreik beenden wollte, gliederte die von ihnen gegründete **Spartakusgruppe** der USPD an (aus ihr ging Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervor). Der bestehende reformorientierte Teil der SPD nannte sich fortan **Mehrheitliche Sozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD)**. Führende Vertreter waren Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann. Sie strebten einen „Verständigungsfrieden“ an und suchten den Kompromiss mit der katholischen Zentrumspartei und der linksliberalen DDP (Deutsche Demokratische Partei) (Ziel, eine **Beendigung** des Krieges parlamentarisch anzubahnen).
2. Ausstieg der Mehrheit aus der SPD-Fraktion im Frühjahr 1916 aufgrund von... (einmaliges Ablehnungsverhalten); Spaltung der SPD, hervorgerufen...

1. beschränkte Befugnisse des Reichstags bis 1916; Erweiterung der Kompetenzen des Parlaments zu einem kontrollierenden Gremium durch Einrichtung eines ständigen Hauptausschusses (Außenpolitik, Kriegsführung); Interfraktioneller Ausschuss (ab 1917) bestehend aus MSPD, Zentrum und Liberalen; Bruch des 1914 geschlossenen Burgfriedens aufgrund von Unstimmigkeiten (Annexionspolitik vs. Verständigungsfrieden); Verabschiedung der Friedensresolution (19. Juli 1918) durch die Reichstagsmehrheit
2. a) „Uns treibt nicht Eroberungssucht. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, (...) hat Deutschland die Waffen ergriffen.“ (Z. 1 f.)  
 b) „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauerhaften Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“ (Z. 2 ff.)  
 c) „Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigungen bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.“ (Z. 5 ff.)
3. Die Friedensresolution des Deutschen Reichstags zeigte wenig Wirkung bei den Entente-Mächten, da es keine Übereinstimmung zwischen dem Reichstag, der Regierung, der Obersten Heeresleitung (OHL) und dem Kaiser in der Kriegszielpolitik gab. Zudem blieben vereinzelte deutsche Interessen (Vasallenstaat Belgien, Grenzziehung im Osten) von der Friedensresolution unberührt. Auch Vertreter der Reichstagsmehrheit vertraten diese Position. Deren Einfluss auf die Reichspolitik war eher gering, da die OHL-„Diktatur“ ihren Willen überwiegend durchsetzen konnte.

1. Gründung der Deutschen Vaterlandspartei (1917) als Opposition gegen die Friedensbestrebungen der Mehrheitsparteien; Parteimitglieder Vertreter der extrem politischen Rechten; Gründer Wolfgang Kapp; Zielsetzung: deutscher Siegfrieden mit größtmöglicher Eroberung; Unterstützung vonseiten der OHL
2. a) „Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe und Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine, wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, dass der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.“ (Z. 1 ff.)  
 b) „Die Deutsche Vaterlands-Partei bezweckt die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteinestellung.“ (Z. 11 f.)  
 c) „[...] und unerschütterlichem Glauben an den Sieg [...]“ (Z. 15 f.); „[...] in seinen Waffen unüberwindliche Deutschland zu vernichten.“ (Z. 18 f.)  
 d) „[...] müssen wir Hindenburgs Gebot die Nerven behalten. Tragen wir willig Not und Entbehrungen, so wird der deutsche Volk ein Hindenburg-Frieden zuteilwerden, der den Siegespreis ungeheurer Opfer und Anstrengungen heimbringt.“ (Z. 20 ff.)

1. Beendigung der Zarenherrschaft in Russland (Februarrevolution 1917); Folge: Doppelherrschaft – Nebeneinander von Parlament (Duma) und Arbeiter- und Soldatenräten; gewaltsame Machtübernahme durch die Bolschewiken (Lenin und Trotzki) im Oktober 1917 (Oktoberrevolution); Waffenstillstandsbemühungen vonseiten der bolschewistischen Regierung zur Stabilisierung der eigenen Herrschaft; Aufnahme von Verhandlungen durch Deutsches Reich mit dem Ziel Beendigung des Zweifrontenkriegs; Hoffnung auf positive Wende an der Westfront; Friedensvertrag (März 1918): sowjetischer Verlust eines großen Territoriums mit hohem Stahl- und Eisenvorkommen, Entschädigungszahlungen, Bildung von deutschen Vasallenstaaten
2. a) „Hatten die neuen Machthaber nach dem Sturz des Zaren noch den Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn fortgesetzt, bemühte sich Lenin nach der erfolgreichen Oktoberrevolution um einen Waffenstillstand, um die innere Stabilität Russlands zu erhalten.“ (Z. 14 ff.)  
b) Lenin verhandelte mit dem kapitalistisch-imperialistischen Deutschen Reich, um die Oktoberrevolution in Russland zu retten und den Aufbau des Sozialismus in Russland zu realisieren. Für dieses Vorhaben war er bereit, größtmögliche Zugeständnisse in Form von Gebietsabtretungen und Entschädigungszahlungen zu leisten.
3. Der Friedensvertrag sah die Unterwerfung Russlands vor. Außerdem wurde nur das Ende des Kriegs an der Ostfront angestrebt, der Krieg an der Westfront sollte verstärkt weitergeführt werden.
4. Die Oberste Heeresleitung strebte nach einem Großdeutschen Reich. Durch den Vertrag von Brest-Litowsk kontrollierte Deutschland eine riesige Fläche von Finnland bis zum Kaukasus und an die Grenze Persiens. Eine Million deutsche Soldaten mussten den Status quo sichern. Diese Truppen standen folglich für die geplante Frühjahrsoffensive an der Westfront nicht zur Verfügung. → Die These ist zutreffend.

1. Eingeständnis der Kriegsniederlage durch OHL am 29. September 1918; Aufruf zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auf Basis des 14-Punkte-Programms Wilsons; Forcierung des angestrebten Verständigungsfriedens durch Bildung einer parlamentarischen Regierung mit liberalen und demokratischen Vertretern; Unterzeichnung des Waffenstillstands am 11. November 1918
2. Wichtigste Voraussetzung auf dem Weg zum Frieden war es, die vom Kaiser ernannte Reichsleitung durch eine gebildete Regierung, die vom Vertrauen der Reichstagsmehrheit getragen wurde, abzulösen („Revolution von oben“). Einer Entwicklung wie in Russland (sozialistische Machtübernahme) sollte durch die sofortige Übermittlung eines Waffenstillstandsangebots entgegengewirkt werden („Revolution von unten“).
3. a) MSPD, Fortschrittspartei und Zentrum, die seit Jahren eine Demokratisierung des Kaiserreichs und seit 1917 einen ehrenvollen Verständigungsfrieden ohne Gebietsverluste und Entschädigungen forderten, sollten die Verantwortung für den verlorenen Krieg übernehmen. Kaiser, OHL und Reichsleitung sahen in den Mehrheitsparteien die Schuldigen für den Zusammenbruch.  
b) Das Verhalten der Regierungsspitze lässt sich als moralisch verwerflich bezeichnen, da sie sich der Verantwortung für den verlorenen Krieg entzogen hatte. Der preußisch-militärische Verhaltens- und Ehrenkodex wurde gebrochen.  
c) Die Regierung ist eigentlich „[...] die Suppe, die wir uns und ihnen eingebracht haben [...]“

1. Bildung einer parlamentarischen Regierung aus den Mehrheitsparteien MSPD, Zentrum, Fortschrittspartei (3. Oktober 1918); erstmalig eine demokratisch legitimierte Regierung in der Verantwortung unter Vorsitz des Reichskanzlers Max von Baden; Abänderung der Bismarckschen Reichsverfassung am 28. Oktober 1918 (von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie); Kaiser mit repräsentativen Aufgaben als Staatsoberhaupt
2. Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages.
3. Die Lebensfähigkeit und Erfolgchancen der Oktoberreform waren eher gering, da trotz Abänderung der Bismarckschen Reichsverfassung Militär und Krone nicht bereit waren, sich der Reichsregierung zu unterstellen. Generalstab und OHL mussten keinen Eid auf die Verfassung ablegen. Zudem hätte Kaiser Wilhelm in der Stellung eines parlamentarischen Monarchen ein massives Glaubwürdigkeitsproblem gehabt, da er 30 Jahre an der Spitze eines autoritär und militärisch geprägten Obrigkeitsstaats stand. Auch an der Ernsthaftigkeit des Reformwillens musste stark gezweifelt werden. Letztlich traf die „Parlamentarisierung über Nacht“ die neuen Verantwortlichen unvorbereitet.
4. Der erste Teil von Chickering's Aussage ist im weitesten Sinne zutreffend. Ludendorff als Vater der deutschen Demokratie zu bezeichnen, ist wohl eher ein rhetorisches Stilmittel. Die damaligen Mehrheitsparteien, die sich über Jahrzehnte für eine Demokratisierung des kaiserlichen Obrigkeitsstaats und eine dem Parlament verantwortliche Regierung eingesetzt hatten, hätten die Äußerungen von Chickering womöglich als Affront aufgefasst.

Download  
zur Ansicht

# Quellennachweis

## Texte

- S. 2: Die Sozialisten unterstützen den Krieg, zit. nach [http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub\\_document.cfm?document\\_id=816&language=german](http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=816&language=german)
- S. 2: Aus dem „Septemberprogramm“ des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, zit. nach <http://www.deuframat.de/konflikte/krieg-und-aussoehnung/der-erste-weltkrieg-im-kollektiven-gedaechtnis-der-deutschen-und-der-franzosen/deutsche-und-franzoesische-kriegsziele/kriegsziele-deutschlands.html>
- S. 4: Die Friedensresolution des Reichstags, zit. nach [http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub\\_document.cfm?document\\_id=987&language=german](http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=987&language=german)
- S. 5: Gründungsaufruf der Deutschen Vaterlandspartei, zit. nach [http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/917\\_Deut%20Vaterlandspartei\\_181.pdf](http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/917_Deut%20Vaterlandspartei_181.pdf)
- S. 6: Reichskanzler Georg von Hertling, zit. nach <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/IATDVVGHDB6OY56SBB5TIQZXQVNIVRML>, S. 2589 f.
- S. 7: Lenin, Rat der Volkskommissare, zit. nach: <http://www1.wdr.de/stichtag/stichtag7318.html>
- S. 8: General Erich Ludendorff, zit. nach [http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub\\_document.cfm?document\\_id=814&language=german](http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=814&language=german)
- S. 8: General Wilhelm Groener, zit. nach <http://www.blz.bayern.de/blz/web/100025/a25v2a.html>
- S. 9: Roger Chickering, © SPIEGEL ONLINE, einestages, Michael Kloth, 10.11.2008, <http://www.spiegel.de/einestages/kriegsende-1918-a-948005.html>

Download  
zur Ansicht